

# Antrag Nr. 12-F-33-0131

## Fraktionen von CDU und SPD

---

### Betreff:

Katzen in Wiesbaden  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.11.2012

### Antragstext:

Die Katzenpopulation in Wiesbaden steigt stetig an und hat dieses Jahr einen neuen, traurigen Höchststand erreicht, so dass bereits Aufnahmestopps und eine Abgabegebühr in den Tierheimen verhängt wurden.

Das Leben verwilderter Hauskatzen ist meist von viel Leid geprägt. Die Tiere sind verwurmt und krank, erblinden häufig am Katzenschnupfen oder leiden unter Atemnot.

Abgesehen von diesen unwürdigen Lebensumständen, geht von den Tieren auch eine Ansteckungsgefahr für Menschen aus.

Einige Städte (Paderborn, Delenhorst, Salzgitter, Bad Dürrenberg, Hildesheim, Verden, Jülich, Arnsberg) haben eine eindeutige Regelung in der Gefahrenabwehrverordnung getroffen, die alle Katzenbesitzer verpflichtet, in Verantwortung für ihr Tier diese vor dem Freigang zu kastrieren und kennzeichnen zu lassen (Chip).

*Der Ausschuss möge daher beschließen*

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten, wie sich die Situation durch verwilderte Hauskatzen in Wiesbaden darstellt

eine umfassende Informationskampagne zum Thema große Katzenpopulationen in Städten und die Folgen für Mensch und Tier darzustellen. Hierbei sollen nach Möglichkeit der Tierschutzverein und der VKN e.V. einbezogen werden.

zu berichten, wie sich die rechtliche Situation bezüglich einer Verankerung einer Kastrationspflicht in der Gefahrenabwehrverordnung darstellt.

das Land gegeben falls aufzufordern, hierfür entsprechend der Novellierung des Tierschutzgesetzes eine eindeutige rechtliche Grundlage für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu schaffen.

Wiesbaden, 27.11.2012

Bernhard Lorenz  
Fraktionsvorsitzender  
(CDU-Fraktion)

Nadine Ruf  
Umweltpolitische Sprecherin  
(SPD-Fraktion)

Stephanie Engel  
Fraktionsassistentin

Marcus Giebeler  
Fraktionsassistent